

Windenergie an Land werden Steine aus dem Weg geräumt

Berlin hat sich selber unter Ökostrom-Druck gesetzt /
Öffentliche Debatte legt Finger in die Wunde /
Trendwende eingeleitet

Ohne einen stetigen Ausbau der Windenergie scheitert die Energiewende; dennoch werden immer weniger Windenergieanlagen aufgebaut.

Das ist der Widerspruch, der den Streit um die zukünftige Energieversorgung zurzeit prägt. Je schärfer die Kritiker dieser Entwicklung die Widersprüche in allen Facetten herausarbeiten, umso mehr wächst die Befürchtung, als habe die Windenergie an Land in Deutschland keine Zukunft mehr. Ein Übriges tut, dass die politisch Verantwortlichen auf diese Vorwürfe scheinbar nur zögerlich und ausweichend reagieren.

Trotzdem gibt es keinen Anlass zu Pessimismus. Der jetzige Streit ist ein Indiz dafür, dass an der Lösung des Widerspruchs gearbeitet wird. Schauen wir genauer hin:

1. Die große Koalition ist klimapolitisch nicht untätig. Sie arbeitet am Kohleausstieg, hat eine CO₂-Bepreisung beschlossen, fördert die Elektromobilität - um nur einiges zu nennen. Die Umsetzung dieser Politik erhöht den Bedarf an regenerativ erzeugtem Strom. Deshalb hat sich die Bundesregierung auch zum Ziel gesetzt, dass 2025 40 bis 45 Prozent unseres Stromes regenerativ erzeugt werden, 2030 65 Prozent. Zurzeit sind es 38 Prozent.

In Berlin geht man davon aus, dass jedes Jahr 1,4 bis 1,8 GW Windenergie hinzukommen müssen. Andere Prognosen, die wegen Digitalisierung und Elektromobilität einen deutlich erhöhten Strombedarf unterstellen, fordern 5 Gigawatt.

2. Die Bundesregierung hat angekündigt, die viel zu komplizierten und langwierigen Genehmigungs-Verfahren zu beschleunigen. Unter anderem ist beabsichtigt, den § 44 des Bundes-Naturschutz-Gesetzes, von der Windbranche auch als „Killerparagraph“ bezeichnet, durch Ausnahmetatbestände für Windparks zu entschärfen. Außerdem wird an einer einvernehmlichen Lösung mit der Bundeswehr gearbeitet, deren Bedenken, die Windenergie störe ihr Radar, den Aufbau neuer Windparks vielfältig verhindert hat.

3. Scharf kritisiert wird der Vorschlag der Bundesregierung, den Abstand zwischen Windenergieanlage und Bebauung auf 1000 Meter festzusetzen. So berechtigt diese Kritik ist, überscharf vorgebracht unterschlägt sie, dass Berlin mit dieser Regelung die Akzeptanz der Windenergie vor Ort eigentlich erhöhen, also lokal-politische Hemmnisse der Windenergie aus dem Weg räumen wollte. Das hat Bundeswirtschaftsminister Altmaier Ende November noch einmal in einem Interview mit dem Deutschlandfunk erläutert.

Auf die Kritik, dass dieser Vorschlag die Ausweisung von Flächen für Windenergie vielerorts unmöglich mache, hat der Gesetzgeber dann auch (relativ) schnell reagiert; er wird eine Öffnungsklausel ins Gesetz schreiben. Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben schon angekündigt, davon Gebrauch zu machen. Hessen hält die Regelung insgesamt für überflüssig und Brandenburg will zumindest bei Splittersiedlungen eine Ausnahme. In Niedersachsen gilt zurzeit der deutlich geringe Mindestabstand von zwei Höhen, in Sachsen-Anhalt wie in Hessen, in Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern zwar schon der Mindestabstand von 1000 Metern, der jedoch zu Splittersiedlungen unterschritten werden kann. In Schleswig-Holstein wird mit Einzelfallprüfungen gearbeitet.

4) Die scharfe Debatte über den Widerspruch von sinkenden Ausbautzahlen und notwendigem Windenergieausbau verschafft den Befürwortern der Windenergie wieder mehr Gehör, wenn es um die Vereinbarkeit von Windenergie mit Natur- und Artenschutz geht.

Und die Befürworter der Windenergie haben gute Argumente:

- Für jeden Windpark werden Ausgleichsflächen zu Naturräumen entwickelt.
- Windenergie verlangsamt die Klimaerwärmung und schützt dadurch die heimische Tier- und Pflanzenwelt.
- In den vergangenen Jahren sind Konzepte entwickelt worden (Stichwort Ablenkungsfütterung), um die Lebensräume gefährdeter Tierarten von den Windparks wegzuschieben.

Die Gefahr von Windenergieanlagen insbesondere für Vögel wird überschätzt: Durch Vogelschlag sterben im Jahr etwa 100000 Vögel; doch allein unsere Hauskatzen fangen und töten pro Jahr 60 Millionen Vögel. Und an Fensterscheiben sterben sogar 115 Millionen Vögel. Die Windenergie entschleunigt den Klimawandel, der für eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen existenzbedrohend ist.

Fazit:

Das Glas ist nicht halbleer, wie man mit gutem Grund noch vor einem halben Jahr hätte sagen können, sondern halbvoll:

- Die Bundesregierung hat sich mit ihren Klimaschutzgesetzen und der Förderung der E-Mobilität selber unter Öko-Strom-Druck gesetzt.
- An der Verkürzung der Genehmigungsverfahren wird gearbeitet. Bei der Abstandsregel wird nichts so heiß gegessen, wie es auf den Tisch kommt.
- Für die Vereinbarkeit von Windenergie und Artenschutz gibt es gute Gründe, die zunehmend auch wieder Gehör finden werden.

Autor: Jörg Busboom
Politikwissenschaftler und Ökonom
Geschäftsführer der ÖKORENTA

